

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29. September 2011 und 12. Oktober 2011

- 4 Tierheimneubau
Vorlage: 11/SVV/0617
Fraktion DIE LINKE

- 5 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008
Vorlage: 11/SVV/0666
Fraktion FDP

- 6 Parkraumbewirtschaftungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0641
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 7 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im
öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam
(Parkgebührenordnung)
Vorlage: 11/SVV/0642
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 8 Straßenreinigungssatzung 2012
Vorlage: 11/SVV/0680
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
und alle Ortsbeiräte

- 9 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012
Vorlage: 11/SVV/0681
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
und alle Ortsbeiräte

- 10 Brauhausberg

- 10.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE

- 10.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 10.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP

- 10.4 Nutzung Brauhausberg / Freizeitbad
Vorlage: 11/SVV/0602
Fraktion BürgerBündnis
- 10.5 Schwimmhalle
Vorlage: 11/SVV/0626
Fraktion DIE LINKE
- 10.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis
- 11 Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV
Vorlage: 11/SVV/0699
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 12 Umschuldung und ggf. vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2012 und Optimierung des Schuldenmanagements
Vorlage: 11/SVV/0769
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 13 Touristischer Marketingplan 2012
Vorlage: 11/SVV/0805
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 14 Mitteilungen der Verwaltung
- 14.1 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"
Vorlage: 11/SVV/0614
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 14.2 Bürgerhaushalt 2011 - Zwischenergebnis Prüfaufträge
Vorlage: 11/SVV/0619
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 14.3 Wiederinbetriebnahme Bf. Pirschheide, obere Bahnsteige
Vorlage: 11/SVV/0645
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 15 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 29. September 2011 und 12. Oktober 2011**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Feststellung der öffentlichen Tagesordnung fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob entsprechend seines Vorschlags Herr Jauch eingeladen wurde. Der Oberbürgermeister bestätigt dies; Herr Jauch habe aber „dankend abgelehnt“.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg, welche Teile der Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt 17.1 - Information bezüglich der Wohnungsverkäufe durch die Gewoba im Jahr 2000 – öffentlich gemacht werden können, da die Presse im Nachgang sicher versuchen werde, Informationen zu bekommen. Außerdem gebe es ein Statement des Oberbürgermeisters und zahlreiche Informationen in der Öffentlichkeit. Er merkt im Weiteren an, dass die Information zur Akteneinsicht erst am Dienstag, 17:34 Uhr per Mail in der Fraktion angezeigt wurde, was sehr kurzfristig und für die Stadtverordneten kaum einzuordnen sei.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2011 eine Akteneinsicht am Tag der Hauptausschusssitzung – 2 Stunden vor Sitzungsbeginn zugesagt habe. Herr Exner äußert zur Frage der öffentlichen Behandlung, dass die angeführte Begründung nicht dazu dienen könne, die Angelegenheit öffentlich zu behandeln. Wollte man dies tun, müsste die Berichterstattung sehr global sein und würde dem Informationsbedürfnis sicher nicht gerecht werden.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem Ergebnis des Gutachtens bezüglich der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg und wann die „Zahl“ bekanntgegeben und ob dies öffentlich gemacht werde. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er kein Problem damit habe, dies öffentlich zu machen, es aber erst Mitte nächster Woche den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden könne.

Frau Heigl empfiehlt, den Tagesordnungspunkt 10 – Brauhausberg – zurückzustellen, weil auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen so verfahren wurde. Der Oberbürgermeister bittet, den Punkt aufzurufen und die Vorlagen differenziert zu behandeln, denn nicht alle müssten zurückgestellt werden. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Anschließend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass zwei Niederschriften zur Bestätigung vorliegen.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 57. (außerordentlichen) Sitzung des Hauptausschusses vom 29. September 2011 gibt es keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 58. Sitzung des Hauptausschusses vom 12. Oktober 2011 gibt es ebenfalls keine Änderungen oder Hinweise. Die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 4 **Tierheimneubau**
Vorlage: 11/SVV/0617
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf das zustimmende Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zu einem geänderten Beschlusstext, der allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er sich über die sich abzeichnende Mehrheit für ein Tierheim in Potsdam freue und darüber, dass von dem Vorhaben einer Gemeinschaftseinrichtung mit Brandenburg und Potsdam-Mittelmark Abstand genommen werde. Trotzdem habe er Probleme mit dem jetzt vorgeschlagenen Text, da man an diesem Punkt schon einmal gewesen sei und keine Terminstellung bezüglich der Umsetzung festgelegt werden soll. Er bittet, das Interesse des Tierschutzvereins zu berücksichtigen und nicht in eine wiederum lange Diskussion, möglicherweise wieder ohne Ergebnis, einzutreten.

Frau E. Müller-Preinesberger entgegnet, dass Gespräche mit dem Tierschutzverein im Vorfeld nicht geführt werden dürften. Dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung entsprechend soll die Landeshauptstadt Potsdam ein Grundstück zum Kauf oder zur Erbbaupacht anbieten. Hierbei handelt es sich um ein Grundstücksgeschäft, das der Ausschreibung bedarf. Jeder Verdacht auf Bevorzugung oder Vorteilsgewährung durch z.B. auch Informationen ist dabei zu vermeiden. Dementsprechend könnten Gespräche mit dem Tierschutzverein; so er sich bei einem Ausschreibungsverfahren um den Kauf oder die Erbbaupacht bemühen würde, nur im Rahmen dieses Verfahrens geführt werden. Außerdem erläutert Frau Müller-Preinesberger, dass für die Pflichtaufgabe der Fund- und Verwahrtierbetreuung die Landeshauptstadt Potsdam nach wie vor an das Erfordernis der Ausschreibung gebunden sei, d.h. dass auch der Verkauf oder die Erbbaupacht für ein Grundstück mit der Zweckbindung einer Tierbetreuungseinrichtung nicht automatisch sichert, dass hier zukünftig ein Tierheim durch den Tierschutzverein betrieben würde. Dem schließt sich Herr Schüler an und betont, dass sich der Antrag nicht mit der Ausschreibung beschäftige, sondern ein anderes Ziel verfolge. Auch er sehe Schwierigkeiten bezüglich der geforderten Gespräche im Vorfeld einer Ausschreibung. Jetzt solle die Stadt mit der Suche nach einem Grundstück beauftragt werden, auf dem grundsätzlich der Bau eines Tierheims möglich sei, wofür allerdings eine Terminsetzung wirklich hilfreich wäre.

Im Weiteren wird die Frage diskutiert, warum für das Grundstück in der Marquardter Straße nicht schon längst eine Feststellung über die Eignung getroffen wurde und darauf verwiesen, dass dafür der Umfang der Nutzung und die Vorhaben möglicher Interessenten konkret vorliegen müssen. Darüber hinaus sei bekannt, dass das Grundstück nur zum Teil der Stadt gehöre und wegen der vorhandenen Biotope nicht in vollem Umfang für das Vorhaben nutzbar sei. Frau E. Müller-Preinesberger avisiert die Vorlage einer entsprechenden Matrix in zwei Monaten. Auf die Nachfrage nach Alternativgrundstücken betont sie, dass dafür das Grundstück auf dem Weg nach Bornim in Frage komme, dass nie „herausgenommen“ worden sei - weitere dafür geeignete Grundstücke seien nicht im Eigentum der Stadt.

Der Oberbürgermeister sagt anschließend zu, dass in der Hauptausschusssitzung am 21. Dezember 2011 die Matrix vorliegen werde, die auch die Einschränkungen usw. der einzelnen Standorte enthalte. In diesem Zusammenhang sollte auch die Verknüpfung mit einem Jugendprojekt geprüft werden, da gerade dieser Teil immer wieder zu erheblichen Diskussionen geführt habe.

Anschließend bringt Herr Schröder folgenden Änderungsantrag, der den

bisherigen zweiten Absatz ersetzen und den zügigen Abschluss des Verfahrens ermöglichen soll:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein Grundstück für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere planungsrechtlich zu sichern und auf dem Wege eines Vergabensverfahrens einem Betreiber zum Kauf/Erbpacht anzubieten.

Dieser Änderungsantrag wird mit **Stimmenmehrheit angenommen**.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister den so geänderten Beschlusstext, einschließlich der Terminstellung – Hauptausschuss 21. Dezember 2011 – zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Beschlüsse zum Tierheimneubau 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008 sind aufzuheben.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein Grundstück für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere planungsrechtlich zu sichern und auf dem Wege eines Vergabensverfahrens einem Betreiber zum Kauf/Erbpacht anzubieten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Gespräche zu führen und die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Dabei sind für einen potentiellen Standort nachstehende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Dem Natur- und Tierschutzgedanken wird ein hoher Stellenwert bei der Entscheidungsfindung eingeräumt.
2. Die zahlreichen ehrenamtlichen TierschützerInnen werden bei ihrer Arbeit unterstützt.

Alle potentiellen Standorte sind mit Standortkriterien und potentiellen oder tatsächlichen Problemfaktoren vor Ort in einer Entscheidungsmatrix den Stadtverordneten **zur Sitzung des Hauptausschusses am 21. Dezember 2011** vorzulegen, damit ein breiter Konsens für eine Standortentscheidung zu Stande kommt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5 Aufhebung der Beschlüsse 07/SVV/0738, 08/SVV/0743 und 09/SVV/1008
Vorlage: 11/SVV/0666
Fraktion FDP

Eine Abstimmung hat sich mit Annahme der DS 11/SVV/0617 erübrigt.

zu 6 Parkraumbewirtschaftungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Der Oberbürgermeister informiert über die Empfehlungen der Fachausschüsse – Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und Stadtentwicklung und Bauen, die der Vorlage zugestimmt haben sowie des Ausschusses für Finanzen, der empfiehlt, die Vorlage abzulehnen.

Anschließend bringt Herr Klipp die Drucksache ein und verweist auf die Steuerungswirkung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes sowie die Probleme in der Landeshauptstadt mit Dauerparkern und Berufspendlern. Ohne Parkraumbewirtschaftungskonzept, so Herr Klipp, werden die Probleme zunehmen und andere Ziele, wie der Klimaschutz, verfehlt.

Anschließend erläutert Herr Schreiber vom Planungsbüro LK Argus GmbH den Zusammenhang zwischen Parkraumbewirtschaftungskonzept und Parkgebührenordnung und geht dabei auf die Voraussetzungen für eine Parkraumbewirtschaftung ein, die Ergebnisse der Konfliktanalyse sowie zu erwartende Effekte.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Schröder kritisch an, dass allein der Klimaschutz als Begründung nicht ausreichend sei. Er meine, dass damit der ruhende Verkehr in die Parkhäuser gedrückt werde. Deshalb sollte das Parkraumbewirtschaftungskonzept in das STEK Verkehr integriert werden. Seine Fraktion lehne aus diesen Gründen das vorliegende Konzept ab.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass in dem Konzept nur eine konkrete Zahl zu finden sei, nämlich die zu den erwarteten höheren Einnahmen. Auch er meine, dass dem Klimaschutz ein zu hoher Stellenwert beigemessen werde und das allein nicht ausreichend sei, um das Parkraumbewirtschaftungskonzept zu begründen. Außerdem sehe er auch Widersprüche mit anderen Zielen, wie z.B. die Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt. Darüber hinaus habe sich eine Arbeitsgruppe damit befasst und für einen schrittweisen Ausbau ausgesprochen. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Auch die Potsdamer Demokraten, so Herr Schultheiß, haben Problem mit dem Antrag, weil damit kein einziger Parkplatz mehr geschaffen werde und Klima- bzw. Umweltschutz alleine nicht greife. Das Anwohnerparken bleibe trotz zu zahlender Gebühren ein Problem und mit Kunden-/Besucherfreundlichkeit habe das auch nichts zu tun. Er meine, man sollte sich moderater an das Ziel herantasten.

Herr Schüler wirbt dafür, nicht von vornherein „nein“ zu sagen, sondern die Vorhaben zu testen; auch deren Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen und den Klimaschutz. Wobei die Maßnahmen auch stufenweise eingeführt werden können.

Herr Klipperläutert, dass sich das Stufenkonzept aus der Diskussion ergeben habe und auch Berücksichtigung finden werde. Er versichert, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept Bestandteil des STEK Gewerbe ist. Er verweist in seinen Ausführungen nochmals auf die Ziele der Landeshauptstadt Potsdam und die Auswirkungen der Maßnahmen, die zu einer Stärkung der Innenstadt führen werden, weil die vorhandenen Parkplätze nicht mehr von Dauerparkern oder Berufspendlern belegt würden.

Herr Teuteberg führt aus, dass das Konzept in sich schon schlüssig sei; die Fraktion FDP aber trotzdem „Bauchschmerzen“ damit habe, wenn das zu einer Verdoppelung der Gebühren führe. Andererseits habe seine Fraktion auch die Erhöhung der Einnahmen der Stadt gefordert, so dass die Fraktion unter der Maßgabe zustimmen werde, dass die Einnahmen zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden. Außerdem fordert er, den Vorschlag seiner Fraktion zur

Einführung eines Mischparkens bei der Umsetzung zu berücksichtigen.

Im Weiteren wird auf die in diesem Zusammenhang notwendige Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV und fehlende Park & Ride Plätze verwiesen sowie Beispiele anderer Städte angeführt und nach den Kosten des Gutachtens gefragt. Herr Schubert empfiehlt, die Umsetzungsstufen bis 2015 genau zu erläutern, wo, was und wann geschehen soll.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, das Parkraumbewirtschaftungskonzept zurückzustellen und die Umsetzungsstufen zeitlich zu präzisieren, um die so geänderte Vorlage erneut zur Diskussion stellen zu können. Dabei soll auch die geforderte Haushaltskonsolidierung und die Einführung des Mischparkens Berücksichtigung finden.

Die Frage nach den Kosten des Gutachtens werde in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses beantwortet.

Der auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg per Powerpoint dargestellte Städtevergleich bezüglich der Parkgebühren soll an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht werden.

Gegen den Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt – siehe TOP 6

zu 8 Straßenreinigungssatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0680

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
und alle Ortsbeiräte

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 zusammen zu behandeln. Frau E. Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein und verweist auf die dazu in 2011 durchgeführten zwei Workshop-Verfahren. Trotzdem werde die Einführung der Reinigungsklassen 2 gefordert. Dies sei durch das Rechtsamt noch einmal geprüft und festgestellt worden, dass dieses Anliegen rechtlich bedenklich sei und zu einer Beanstandung des Beschlusses führen könne.

Herr Dr. Scharfenberg äußert Zweifel an dieser Feststellung, denn dass es Bedenken gebe, sei hinlänglich bekannt. Er verstehe, dass die Stadt ein Interesse an der Vereinheitlichung des System habe – trotzdem meine er, sei die Einführung der Reinigungsklasse 2 zulässig und er halte an seinem Änderungsantrag fest.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, beide Drucksachen in den **Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurück zu überweisen**, um sich mit der rechtlichen Situation zu befassen.

Auf Bitte von Frau B. Müller soll die Stellungnahme des Rechtsamtes vorgelegt

und auf Hinweis von Herrn Schüler geprüft werden, warum eine Differenzierung nach Reinigungsklassen zulässig sei, eine Differenzierung nach Reinigungsart jedoch nicht. Da er Zweifel an dieser Auslegung hege, sollte eine Diskussion in Anwesenheit rechtlicher Vertreter geführt werden.

zu 9 Straßenreinigungsgebührensatzung 2012

Vorlage: 11/SVV/0681

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
und alle Ortsbeiräte

**zurück überwiesen in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz
und ländliche Entwicklung**

zu 10 Brauhausberg

zu 10.1 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg informiert Herr Klipp über die im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen dazu geführte Diskussion. Er führt aus, dass in der Diskussion bis Ende September zuerst eine Entscheidung zum Badstandort und erst dann eine Verständigung zum Brauhausberg favorisiert wurde. Dann wurde auch die Entwicklung des Brauhausberges mit einbezogen, d. h. nach welchem städtebaulichen Konzept und Verfahren das passieren soll. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses sei ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegt worden. Da er aber nicht in allen Fraktionen besprochen werden konnte, wurden die Vorlagen zurückgestellt. Ziel sei, einen möglichst breiten Konsens herzustellen.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Ausgangspunkt für den Antrag der Fraktion DIE LINKE die Verwendung des Verkaufserlöses der Grundstücke am Brauhausberg für den Badneubau im Bornstedter Feld gewesen sei. Die drei Anträge (11/SVV/0388, 11/SVV/0423, 11/SVV/0434) beschäftigen sich ja mit der Entwicklung des Brauhausberges und deshalb sei eine zeitliche Komponente genauso schon wichtig, wie Vorkehrungen für eine öffentliche Diskussion zu treffen.

Der Oberbürgermeister widerspricht den Ausführungen und betont, dass die Diskussion um den Brauhausberg nicht unter Verwertungsgesichtspunkten geführt werde. Nachdem Workshops dazu durchgeführt wurden, gebe es nun Bedenken gegen den erarbeiteten Vorschlag, die nun wiederum im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zu diskutieren seien.

**Gegen die Zurückstellung der DS 11/SVV/0388, 11/SVV/0423, 11/SVV/0434
erhebt sich kein Widerspruch.**

zu 10.2 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 10.1

zu 10.3 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 10.1

zu 10.4 Nutzung Brauhausberg / Freizeitbad

Vorlage: 11/SVV/0602

Fraktion BürgerBündnis

Frau Bankwitz bringt die Vorlage ein und betont, dass keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden sollen, bevor nicht die grundlegenden Entscheidungen getroffen seien. Dem schließt sich Herr Teuteberg an und bitte darum, folgende Ergänzung in der zweiten Zeile aufzunehmen:

... Unternehmen **bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung.**

Herr Exner weist darauf hin, dass davon jedoch die notwendigen Schritte zur Vorbereitung einer Entscheidungsfindung ausgeschlossen sein müssen, was die Antragstellerin bestätigt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass weder die Stadt noch die städtischen Unternehmen **bis zu einer grundsätzlichen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung** für das Areal Brauhausberg und Freizeitbad Aufträge vergeben oder Tätigkeiten auslösen:

- hinsichtlich der Gestaltung
- der wirtschaftliche Verwertung
- Grundstücksverkäufe oder Verträge ähnlicher Art.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 10.5 Schwimmhalle

Vorlage: 11/SVV/0626

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass der Antrag nicht mehr abgestimmt werden muss, da er die gleiche Intention habe, wie die DS 11/SVV/0602.

Der Antrag wird **zurückgezogen.**

zu 10.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

Der Hauptausschuss folgt der Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen und überweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen.

zu 11 Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV

Vorlage: 11/SVV/0699

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister empfiehlt, diesen Antrag so lange zurückzustellen bis sich die Transparenzkommission mit diesem Sachverhalt auseinandergesetzt hat, so dass der Antrag gemeinsam mit den Empfehlungen der Transparenzkommission diskutiert werden kann.

Herr Schröder spricht sich gegen den Vorschlag aus, weil der Antrag klar formuliert und seiner Meinung nach „überfällig“ sei.

Der von Herrn Schüler gestellte Geschäftsordnungsantrag, den Antrag gemäß dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zurückzustellen, wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen **angenommen.**

zu 12 Umschuldung und ggf. vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2012 und Optimierung des Schuldenmanagements

Vorlage: 11/SVV/0769

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt den Antrag ein und erläutert das Verfahren der Beratungsfolge auf Grund der Nachfrage von Herrn Teuteberg, warum dieser Antrag nicht vorab im Ausschuss für Finanzen behandelt wurde. Im Weiteren beantwortet er die Nachfrage von Frau Bankwitz bezüglich der Verzinsung, die maximal 5 % betragen dürfe und je nach Marktlage auszuhandeln sei. Auf die Nachfrage von Herrn Schüler zu den Risiken und Konsequenzen der Umschuldung verweist Herr Exner darauf, dass es sich hier um laufende Kredite handele, deren Zinsbindung auslaufe. Da diese Kredite nicht alle getilgt werden können, müsse die Stadt neue Vertragspartner finden und die Kredite zu möglichst günstigen Konditionen weiter laufen lassen.

Herr Teuteberg regt an, den Ausschuss für Finanzen auf die Beschlusslage hinzuweisen und nachzufragen, ob dieser Interesse daran habe, die Thematik ebenfalls zu diskutieren. Frau Bankwitz bittet, das Ergebnis der Umschuldung vorzulegen, was nach Auskunft von Herrn Exner Ende 2012/Anfang 2013 der Fall sein könne.

Der Hauptausschuss beschließt:

- 1. Den für das Haushaltsjahr 2012 vorzunehmenden Umschuldungen der Investitionskredite i.H.v. maximal 22.134.915,08 EUR gemäß Anlagen 1 - 5 zu Anschlussstilgungen und Zinssätzen (nominal) von höchstens 5,0% bei einer maximalen Zinsbindungsdauer von 20 Jahren wird zugestimmt.**
- 2. Weiterhin erfolgt die Zustimmung zur alternativen Möglichkeit Darlehen gemäß Anlage 6 i.H.v. maximal 505.249,78 EUR ggf. auch vorzeitig zu tilgen.**
- 3. In Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses 2010 (H 3) zur Optimierung des Schuldenmanagements können weiterhin**

grundsätzlich Forwarddarlehen abgeschlossen werden, wenn dies aufgrund der erwarteten / prognostizierten Zinsentwicklung als betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 13 Touristischer Marketingplan 2012

Vorlage: 11/SVV/0805

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Hütte von der Tourismus Marketing Brandenburg GmbH, der nach Einbringung der Mitteilungsvorlage durch Herrn Frerichs diese im Weiteren erläutert. Anschließend werden die Nachfragen von Herrn Schultheiß zur Abkopplung Potsdams vom Regionalverkehr und den Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen; von Frau Dr. Schröter zu den Mitteln für das Potsdam-Museum im Haushalt 2012 und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Tourismusabgabe beantwortet.

Aufgenommen wird die Anregung und Bitte von Frau Bankwitz, den umfassenden Marketingplan im nächsten Jahr früher auszureichen, damit sich die Hauptausschussmitglieder und Fraktionen damit vertraut machen können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

zu 14.1 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"

Vorlage: 11/SVV/0614

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Schüler bittet um eine aktuelle Übersicht der Einzelprojekte und Fördersummen, um sich darüber Klarheit verschaffen zu können, welche Risiken sich darstellen und wie man damit umgehen kann, wenn die Förderung wegfällt bzw. welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten es gibt. Dies wird vom Oberbürgermeister zugesagt. Herr Dr. Scharfenberg fordert, die Projekte inhaltlich nicht in Frage zu stellen, wenn andere Finanzierungsquellen gesucht werden müssen. Frau Dr. Müller betont, dass es nicht nur um finanzielle Herausforderungen gehen sollte, sondern auch um die Entwicklung von Ideen, wie man das „anstellen“ kann.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Bürgerhaushalt 2011 - Zwischenergebnis Prüfaufträge

Vorlage: 11/SVV/0619

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Wiederinbetriebnahme Bf. Pirschheide, obere Bahnsteige

Vorlage: 11/SVV/0645

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 15 Sonstiges

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die zugesagte Vorlage zum Uferweg in der Speicherstadt den Stadtverordneten vorgelegt werde, entgegnet Herr Klipp, dass es Zielstellung sei, dies noch in diesem Jahr zu tun.

Die Nachfrage, ob die Vorlage bezüglich des Griebnitzsees im Dezember 2011 eingebracht werde, beantwortet der Oberbürgermeister mit „Ja“.

Auf eine weitere Nachfrage bezüglich der Einladung des Polizeipräsidenten und des Polizeidirektors entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Sitzung des Hauptausschusses am 30.11.2011 dafür vorgesehen sei.

Für die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss von Potsdam Mittelmark seien 3 Termine ausgewählt worden, die jetzt mit dem Landrat abgestimmt werden.